

Abhandlung  
7./11. 1917

162

## Die Ereignisse in Rußland.

### Schwerer Konflikt zwischen dem Militärausschuß des Sowjet und der Regierung.

S. Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach ergänzenden Meldungen stellt sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuß, der jüngst vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eingeführt worden ist, und dem Generalstab des Militärbezirkes der Hauptstadt folgendermaßen dar:

In der Nacht vom 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstabe und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen Polkownikow lehnte jedoch dieses Ansuchen ab.

Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin eine Versammlung der Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter ein Telegramm sandte, worin den Soldaten mitgeteilt wurde, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widersehrlichen Haltung des Generalstabes, der den revolutionären militärischen Ausschuß nicht anerkennen wolle, mit dem Generalstab breche, der von jetzt an als demokratiefeindliche Organisation betrachtet würde. Die Truppen hätten von jetzt an einzig und allein solchen Befehlen zu gehorchen, die vom militärischen revolutionären Ausschusse unterzeichnet seien.

Zugleich veröffentlichte der revolutionäre Ausschuß einen Aufruf an die Soldaten und Arbeiter sowie an die Bevölkerung der Hauptstadt, worin gleichzeitig mit der Ankündigung, daß der Ausschuß zur militärischen Leitung der wichtigsten Punkte Petersburgs und seiner Umgebung besonders Beauftragte ernannt habe, diese für unverletzlich erklärt werden.

Nachdem die vorläufige Regierung von diesen Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms als null und nichtig zu erklären. Der Ausschuß lehnte die Erfüllung dieser Forderung ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten.

Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren an seinen Versammlungsort konzentrieren.

Die vorläufige Regierung faßte den Beschluß, vorläufig nicht zu den Waffen Zuflucht zu nehmen, in der Hoffnung, den Streitfall friedlich beilegen zu können.

Am 5. d. abends entschied die vorläufige Regierung in einer Vollsitzung, den Ausschuß als ungesetzliche Einrichtung zu betrachten, und forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen. Zugleich wurde den Militärbehörden anheingestellt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, für den Fall, daß eine Revolte gegen die Regierung ausbrechen sollte.

### Der Kriegsminister aus Petersburg verbannt.

S. Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Den Blättern zufolge hat die Regierung den bisherigen Kriegsminister aufgefordert, Petersburg zu verlassen. General Werchowshy ist abends nach dem Ladogasee abgereist, wo sich ein berühmtes Kloster befindet. Die Blätter glauben, daß der Rücktritt Werchowshys wichtige Veränderungen im Oberkommando nach sich ziehen werde.